

## Forderungen und Ziele zur Tarifrunde 2010

### 1. Leistungsgerechte Bezahlung ärztlicher Arbeit

Die Ärztinnen und Ärzte an den kommunalen Krankenhäusern verlangen eine leistungsgerechte Bezahlung ihrer Arbeit. Die Bezahlung der Ärzte muss der steigenden Arbeitsbelastung entsprechen, die vor allem durch höhere Fallzahlen und geringere Verweildauern von Patienten gekennzeichnet ist. Zwar ist es 2008 in den Verhandlungen mit den kommunalen Arbeitgebern gelungen, den über Jahre gewachsenen Nachholbedarf wenigstens teilweise zu kompensieren – von einer wirklich leistungsgerechten Bezahlung der ärztlichen Arbeit am Tag und erst recht in der Nacht kann aber nach wie vor nicht die Rede sein. Deshalb fordert der Marburger Bund eine spürbare Verbesserung der Gehaltssituation. Eine lineare Anpassung der Gehälter von Ärzten an kommunalen Krankenhäusern um durchschnittlich fünf Prozent ist wirtschaftlich vertretbar und tarifpolitisch geboten.

### 2. Arbeitsbedingungen verbessern

Die Ergebnisse einer vom Marburger Bund durchgeführten repräsentativen Umfrage unter Ärzten haben es im September 2007 offen zu Tage gefördert: Die schlechten Arbeitsbedingungen in vielen Krankenhäusern führen zu Demotivation von Ärzten und häufig auch zur Ärzteflucht aus der kurativen Medizin. Hohe Arbeitsbelastung aufgrund gesetzwidrig überlanger Arbeitszeiten, unzureichende Arbeitszeiterfassung und kaum Möglichkeiten, Familie und Beruf zu vereinbaren, sind für viele der 55.000 Ärztinnen und Ärzte in kommunalen Krankenhäusern beruflicher Alltag. Das muss sich ändern. Die Arbeitgeber sind aufgefordert, die tariflich vereinbarten Regelungen, z.B. zur elektronischen Zeiterfassung, ohne Abstriche umzusetzen.

### 3. Bereitschaftsdienste besser bezahlen

Deutlich wird der Bruch bestehender Regelungen auch an der hohen Anzahl von geleisteten Bereitschaftsdiensten in kommunalen Kliniken. Im Schnitt kann ein Klinikarzt bis zu vier solcher Dienste leisten, ohne gegen das Gesetz zu verstoßen. 44 Prozent der befragten Ärzte in kommunalen Krankenhäusern leisten jedoch 5 bis 9 Bereitschaftsdienste pro Monat. Die Arbeitszeit beläuft sich

---

#### MB-Pressestelle

Reinhardtstraße 36  
10117 Berlin

Tel.: 030 746846 41  
Fax: 030 746846 45  
presse@marburger-bund.de  
www.marburger-bund.de

Hans-Jörg Freese (Ltg.)  
Tel.: 030 746846 40  
freese@marburger-bund.de

Andrea Barclay  
Tel.: 030 746846 43  
barclay@marburger-bund.de

dabei in aller Regel auf 24 Stunden (8 Stunden Vollarbeit und 16 Stunden Bereitschaftsdienst). Im Verhältnis zu der damit verbundenen Arbeitsbelastung ist die Vergütung des Bereitschaftsdienstes absolut unverhältnismäßig.

Die Bereitschaftsdienste werden von den Arbeitgebern zunehmend als Ersatz für Vollarbeit missbraucht. Um diesen tarifwidrigen Zustand zu beseitigen, müssen Bereitschaftsdienste endlich besser vergütet werden. Bei der Erhöhung der Stundenentgelte für den Bereitschaftsdienst steht für den Marburger Bund im Vordergrund, für die besonderen Erschwernisse der Arbeit zu ungünstigen Zeiten, insbesondere in der Nacht sowie an Wochenenden und Feiertagen, eine adäquate finanzielle Entschädigung einzuführen. Der Bereitschaftsdienst darf kein Nullsummenspiel mehr darstellen!

#### **4. Ärztemangel stoppen, Nachwuchsmediziner halten**

Ohne eine Anpassung der Ärztegehälter an die Marktlage werden die kommunalen Kliniken den Ärztemangel nicht bewältigen können. Derzeit können nach Angaben des Deutschen Krankenhausinstituts („Krankenhaus Barometer 2009“) bundesweit rund 5000 Arztstellen nicht besetzt werden; 80 Prozent der Krankenhäuser haben Probleme, offene Stellen im Ärztlichen Dienst zu besetzen. Im Vergleich zu 2008 hat sich die Anzahl der vakanten Stellen nochmals um ca. 1000 Stellen erhöht, im Vergleich zu 2006 sogar nahezu vervierfacht. Die Dunkelziffer dürfte noch deutlich höher liegen. Denn erfahrungsgemäß stehen hinter jeder ausgeschriebenen Stelle zwei weitere, die ebenfalls unbesetzt sind, aber von den Kliniken nicht als vakant gemeldet werden, um nach außen nicht noch mehr an Attraktivität einzubüßen.

Die Ruhestandswelle in den nächsten zehn Jahren wird das Problem des Ärztemangels weiter verschärfen. Arbeitsverdichtung, längere Arbeitszeiten für Ärzte und Wartezeiten für Patienten sind die bedenklichen Konsequenzen dieser Entwicklung. Der Ärztemangel führt schon jetzt zu Überlastung, Unzufriedenheit und damit auch zu erhöhter Wechselbereitschaft der verbliebenen Ärztinnen und Ärzte, weil diese die Unterbesetzung kompensieren müssen. Jede unbesetzte Arztstelle mindert die Leistung in den Kliniken und führt zu sinkenden Erlösen. Dies hat unweigerlich auch Auswirkungen auf die übrigen Berufsgruppen. Die Forderung nach attraktiven Arbeitsbedingungen für Ärzte ist deshalb nicht selbstüchtig, sondern vernünftig, weil sie den Arbeitsplatz Krankenhaus sichern hilft und nachrückenden Ärzten ein positives Signal gibt. Denn es sind nicht

---

#### **MB-Pressestelle**

Reinhardtstraße 36  
10117 Berlin

Tel.: 030 746846 41  
Fax: 030 746846 45  
presse@marburger-bund.de  
www.marburger-bund.de

Hans-Jörg Freese (Ltg.)  
Tel.: 030 746846 40  
freese@marburger-bund.de

Andrea Barclay  
Tel.: 030 746846 43  
barclay@marburger-bund.de

zuletzt die Unterschiede in den Verdienstmöglichkeiten, die mit dazu beitragen, dass sich immer mehr junge Ärzte von der kurativen Medizin abwenden und in alternative Berufsfelder oder ins Ausland abwandern.

## **5. Wettbewerbsfähigkeit der Kliniken sichern**

Höhere Ärztegehälter in kommunalen Krankenhäusern leisten einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Wettbewerbs- und Überlebensfähigkeit der Kliniken und zur Stärkung der Binnenkonjunktur. Eine durchschnittliche Erhöhung der Gehälter um fünf Prozent entspricht ungefähr den Steigerungsraten, die zuletzt 2009 bei den erfolgreich abgeschlossenen Tarifverhandlungen mit der Charité und den Berliner DRK-Kliniken erreicht wurden. Um freie Arztstellen auch zukünftig besetzen zu können, müssen kommunale Krankenhäuser auch konkurrenzfähige Gehälter zahlen.

Die Kliniken haben durch die Zahlungen aus dem Konjunkturpaket der Bundesregierung zusätzliche Mittel erhalten. Zu Schwarzmalerei gibt es deshalb keinen Anlass. Auch der Hinweis der Arbeitgeber auf die angespannte Lage der kommunalen Haushalte läuft ins Leere: Die Krankenhäuser erhalten von den Krankenkassen Geld für die Vergütung stationärer Leistungen. Die finanzielle Lage der Krankenkassen ist keineswegs so schlecht, wie es die Kassen gerne darstellen. Das Bundesgesundheitsministerium rechnet mit einem Überschuss von annähernd 1 Mrd. Euro im Jahr 2009. Allein die Ortskrankenkassen haben am Ende des dritten Quartals ein Finanzpolster von rund 900 Millionen Euro angelegt. Spielraum für die Verbesserung ärztlicher Arbeits- und Vergütungsbedingungen ist durchaus vorhanden.

Die Arbeitgeber sollten die verantwortungsvolle Forderung des Marburger Bundes als Signal für faire und konstruktive Tarifverhandlungen betrachten. Vor dem Hintergrund des ärztlichen Arbeitsmarktes ist das MB-Forderungspaket ausgesprochen maßvoll.

---

### **MB-Pressestelle**

Reinhardtstraße 36  
10117 Berlin

Tel.: 030 746846 41  
Fax: 030 746846 45  
presse@marburger-bund.de  
www.marburger-bund.de

Hans-Jörg Freese (Ltg.)  
Tel.: 030 746846 40  
freese@marburger-bund.de

Andrea Barclay  
Tel.: 030 746846 43  
barclay@marburger-bund.de